

N i e d e r s c h r i f t

**der 5. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 17.03.2005**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:15 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	bis 18:30 Uhr
Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Hans-Jürgen Schiller	PDS	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	PDS	bis 17:45 Uhr
Herr Dr. Mohamed Yousif	PDS	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Herr Michael Zeidler	SPD	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	bis 18:15 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	GRÜNE	
Frau Sabine Däschler	SKE	
Herr Dr. Christian Fiedler	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	
Herr Lutz Sacher	SKE	
Herr Thomas Wünsch	SKE	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	ab 17:55 Uhr
Herr Eberhard Doege		
Frau Uta Balleyer		
Herr Dr. Ernst Müllers		
Frau Gudrun Beitz		

Entschuldigt fehlen:

Herr Werner Misch	CDU	Vertreter: Herr Godenrath
Frau Sabine Wolff	Neues Forum	
Herr Andreas Nowotny	SKE	

Gäste:

Herr Begert	Ministerium für Landwirtschaft und Umweltschutz
Herr Dr. Ehrlich	Landesamt für Umweltschutz
Herr Albrecht	Landesamt für Umweltschutz
Herr Möbius	FB 61, Ressort Verkehrsplanung
Frau Lange	FB 61, Ressort Verkehrsplanung
Herr Sturm	FB 66, Ressort Untere Verkehrsbehörde
Herr List	FB 31, Ressort Untere Behörden
Herr Kemper	IHK Halle-Dessau

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Fachvortrag des Landesamtes für Umweltschutz zum Luftreinhalteplan Halle
5. Anfragen
6. Beantwortung von Anfragen
7. Anregungen
8. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Vorsitzende des Ausschusses, **Herr Wehrich**, eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßte das neue Mitglied des Ausschusses, Frau Däschler und die anwesenden Gäste, so u. a. Herrn Begert vom Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Herrn Dr. Ehrlich und Herrn Albrecht vom Landesamt für Umweltschutz.

Dem Rederecht der Gäste wurde einstimmig zugestimmt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Ohne förmliche Abstimmung wurde der nachfolgenden Tagesordnung zugestimmt.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Fachvortrag des Landesamtes für Umweltschutz zum Luftreinhalteplan Halle
5. Anfragen
6. Beantwortung von Anfragen

7. Anregungen
8. Mitteilungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Protokoll:

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

zu 4 Fachvortrag des Landesamtes für Umweltschutz zum Luftreinhalteplan Halle

Protokoll:

Herr Begert begründete die Notwendigkeit der Erstellung eines Luftreinhalteplanes u. a. damit, dass auf der Grundlage der europäischen Luftqualitätsrahmenlinien die Grenzwerte eingehalten werden müssen und es in fast allen Mitgliedsstaaten Probleme des so genannten Feinstaubes gäbe. Mittels eines leistungsfähigen Immissionsmessnetzes und einer relativ flächendeckenden Überwachung wurden auch für Halle Überschreitungen festgestellt, so dass die Erstellung eines Luftreinhalteplan nach Bundesimmissionsschutzgesetz notwendig ist. Langfristige, mittelfristige und kurzfristige Maßnahmen sollen dazu dienen, die Grenzwerte einzuhalten.

Der Ausschuss verständigte sich dazu, dass die von **Herrn Dr. Ehrlich und Herrn Albrecht** vom Landesamt für Umweltschutz gehaltenen Vorträge den Fraktionen als E-Mail zugeleitet werden. Dies geschah am 18.03.2005.

Herr Möbius berichtete, dass sich das Büro für Verkehrsplanung intensiv mit verschiedenen Ämtern verständigt habe. Es sei über die in Frage kommenden Maßnahmen beraten worden. Dabei war abzuklären, was für den konkreten Standort sinnvoll und was weniger sinnvoll erscheint. Gegenwärtig scheine der Lkw-Verkehr im Stadtgebiet wieder zugenommen zu haben. Mit entsprechenden Verkehrszählungen soll versucht werden, eine sachliche Analyse zu erstellen. Parallel dazu würden auch die Bundes- und Landesdienststellen entsprechende Zählungen durchführen. Die Stadt könne sich vorstellen, eine gewisse Geschwindigkeitsreduzierung einzuführen. Die Problematik der Straßenreinigung sei weiter zu verfolgen unter dem Aspekt der Verbesserung der Maschinenteknik. Es seien Maßnahmen entsprechend dem Verursacherprinzip festzulegen. Die Stadt habe sich über Maßnahmen verständigt, die derzeit in den Behörden untersucht werden, um die jeweiligen Wirkungen zu ermitteln. Es müsse aber auch daran gedacht werden, dass es außer der Feinstaubproblematik noch weitere Themen gäbe, so u. a. die Einhaltung des Lärmpegels.

Herr Wendenkamp ging auf die im Zusammenhang mit der Feinstaubbelastung entstehenden gesundheitlichen Probleme ein. Seiner Meinung nach solle man über das Jahr 2010 hinaus weiterdenken, zumal dann weiter verschärfte Grenzwerte für PM 10-Staub vereinbart seien.

Herr Begert entgegnete, dass die von Herrn Wendenkamp genannten Grenzwerte nicht vereinbart seien.

Frau Prof. Vent wollte wissen, ob der Lösungsvorschlag sich darauf beziehen könne, Knotenpunkte zu entlasten. Die Diskussion der Lösungswegverteilung „des Drucks“ würde sie strikt ablehnen.

Herr Albrecht erläuterte, dass aufgrund der Planungen und der Baufortschritte nicht davon ausgegangen werden können, dass sämtliche langfristige Maßnahmen abgeschlossen sind. Es gehe nicht darum, den Verkehr zu verteilen, sondern vielmehr sei es nötig, den vermeidbaren Stadtverkehr nach außen zu verlagern. Problematisch seien jedoch die kurzfristigen Maßnahmen. Es müsse versucht werden, mittels kurzfristiger Maßnahmen Überschreitungen zu verhindern. Es seien Maßnahmen einzuleiten, die auch zur Akzeptanz führen.

Auf die Frage von **Herrn Godenrath** nach dem Verfahren und der Zuständigkeit, antwortete **Herr Begert**. In Sachsen-Anhalt ist die oberste Immissionsbehörde, das Ministerium für Landwirtschaft und Umweltschutz, für die Erstellung des Luftreinhalteplanes verantwortlich. Bei notwendigen Maßnahmen sind die gemäß Zuständigkeit die Behörden zu beteiligen. Dies gilt insbesondere auch für solche Maßnahmen, die sich auf den Straßenverkehr beziehen.

Herr Begert führte weiter aus, dass es ein ziemlich eingeschränktes Ermessen der Verkehrsbehörden gäbe. Sind die Maßnahmen festgeschrieben, müssen sie zur Anwendung kommen. Es werde keine Maßnahmen geben, die die Behörden als unverhältnismäßig einschätzen.

Herr Dr. Rürup wollte wissen, ob in Auswertung der statistischen Erhebungen Maßnahmen ergriffen werden können, mit denen eine Durchschnittsverringerung der Belastung über ein ganzes Jahr erzielt werden würde.

Herr Dr. Ehrlich antwortete, dass dies schwierig sei insbesondere auch im Hinblick auf die jährlichen unterschiedlichen meteorologischen Bedingungen. In diesem Jahr könne man erst im August/September sehen, ob Überschreitungen auftreten. Natürlich könne man jetzt schon mit Maßnahmen beginnen. Dies sei auch eine Frage der Koordinierung und der Festschreibung in den Plänen.

Herr Zeidler wollte wissen, um welche Art von Stäuben es sich handle und wie die Wichtung der Maßnahmen in die Minderung der Luftverunreinigung eingehen. Herr Dr. Ehrlich und Herr Begert teilten u. a. mit, dass eine Wichtung der Maßnahmen schwierig sei. Es müsse ein Paket von Maßnahmen, konkret an den örtlichen Bedingungen angepasst, geprüft werden.

Weitere Diskussionsbeiträge kamen von **Herrn Wunsch, Frau Däschler und Herrn Schiller**, die sich auf eventuelle Sanktionen bei Nichtumsetzung von Maßnahmen, beschließendes Gremium, die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, Staubbelästigungen in der Silberhöhe aufgrund der Abrissmaßnahmen bezogen.

Herr Begert und Herr Dr. Ehrlich antworteten.

Herr Kemper von der IHK verwies darauf, dass die IHK Halle-Dessau zeitig einbezogen worden sei und teilte mit, dass es im Interesse der Wirtschaft darum gehen solle, zielgerichtete und ausgewogene Maßnahmen zu ergreifen.

zu 5 **Anfragen**

Protokoll:

Herr Dr. Yousif bezog sich auf den MZ-Artikel über lange Wartezeiten in der Ausländerbehörde und wollte wissen, was die Stadt dagegen unternehme.

Herr Doege verwies u. a. auf die stattgefundene Bürgerbefragung, wonach u. a. die längste Wartezeit zwei Stunden und zwanzig Minuten und der Vorsprachezeitraum durchschnittlich fünfzehn Minuten betrage. Ferner bezog er sich auf die Raumproblematik und auf die stattgefundene Organisationsuntersuchung, die in der Februar-Sitzung im Ausschuss ausgewertet wurde.

Herr Kupke, Herr Dr. Rürup, Herr Godenrath, Frau Däschler, Herr Schiller und Herr Zeidler äußerten sich zum Aufruf der Oberbürgermeisterin anlässlich des Frühjahrsputzes in der Zeit vom 07.04. – 09.04.05. Dabei ging es u. a. um den unsauberen Zustand des Parkplatzes in der Mansfelder Str., eventuelle Standorterweiterung im Gebiet Roßbachstr./Dieselstr., Einbeziehung der Schulen in den Frühjahrsputz, Unrat um den Lichtenfeldbrunnen im Stadtzentrum Halle-Neustadt, Einbeziehung der Bürgerinitiativen beim Frühjahrsputz, teilweise Reduzierung der Gehölzflächen.

Herr Doege, der zunächst Herrn Dr. Müllers als amt. Leiter des Fachbereiches 32 vorstellte, machte grundsätzliche Ausführungen zur Vorbereitung und Durchführung des diesjährigen Frühjahrsputzes und ging auf die Anfragen der Diskussionsredner ein. Er teilte u. a. mit, dass die Anzahl der ausgegebenen Müllsäcke in der Vergangenheit in keinem Verhältnis zum Rücklauf standen. Im FB 32 gäbe es eine so genannte schnelle Eingreiftruppe, die aus Sozialhilfeempfängern und Mitarbeitern aus dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung besehen würden. Derzeit bestehe allerdings das Problem der Betreuung, da der bisherige Betreuer langfristig erkrankt sei. Alle Wohnungsunternehmen, Bürgervereine, Einrichtungen werden von der Stadt angeschrieben. Auf die Schulen habe die Stadt keinen Einfluss.

Auf den Hinweis von **Herrn Dr. Yousif**, dass im Gebiet Rabeninsel Hunde frei herumlaufen und hier kontrolliert werden müsse, teilte **Herr Doege** mit, dass dieses Gebiet aufgrund der personellen Situation nicht kontrolliert werde.

zu 6 Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 7 Anregungen

Protokoll:

Die Mitteilung von **Herrn Godenrath**, dass vom Objekt Brüderstraße 12 am heutigen Tag ein Holzstück vom Dach heruntergefallen ist, wird an das Bauordnungsamt weitergeleitet, so **Herr Doege**.

Herr Zeidler bezog sich auf die Februar-Ausschusssitzung in der Feuerwache und empfahl, Ausschusssitzungen vor Ort durchzuführen.

Herr Sacher empfahl, zur Gewährleistung der Arbeit des Rettungsdienstes ein generelles Parkverbot eines Teiles der Taubenstraße (gegenüber vom Hospiz) einzuführen.

zu 8 Mitteilungen

Protokoll:

Da Herr Beigeordneter Doege am 19.05.2005 auf Dienstreise ist, bat er um Verschiebung der Sitzung. Es wurde festgelegt, die Mai-Sitzung am **17.05.05, 17:00 Uhr**, durchzuführen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Dietmar Wehrich
Ausschussvorsitzender

Eberhard Doege
Beigeordneter

Gudrun Beitz
Protokollantin